

Tobias Boos • Aaron Tauss*

Insurrektion und Protest

Die Mobilisierungen in Ecuador, Chile, Bolivien und Kolumbien 2019

Zusammenfassung: Ende 2019 erlebte Lateinamerika erneut einen Zyklus populärer Mobilisierungen, der zahlreiche Länder erfasste und international für Aufsehen sorgte. Wegen ihres Ausmaßes und ihrer regionalen Bedeutung liegt der Schwerpunkt des Artikels auf dem temporären Volksaufstand in Ecuador, den Protesten in Bolivien und Kolumbien sowie der Insurrektion in Chile. Dabei werden neben der Analyse des historischen Kontexts, der Forderungen und der beteiligten AkteurInnen vor allem die auftretenden Antagonismen, die Konfliktlinien und widerständigen Subjekte in den einzelnen Ländern sichtbar gemacht. Der Artikel schließt mit einer vergleichenden Einschätzung der Mobilisierungen, in der Gemeinsamkeiten und Unterschiede der vier untersuchten Fälle herausgearbeitet werden.

Schlagwörter: Lateinamerika, Ecuador, Chile, Bolivien, Kolumbien, Mobilisierungen

Uprising, insurrection, protest

The mobilizations in Ecuador, Chile, Bolivia and Colombia in 2019

Abstract: At the end of 2019, Latin America experienced a new cycle of popular mobilizations that affected numerous countries and also drew international attention. Due to their scale and regional significance, the article examines in detail the temporary popular uprising in Ecuador, the protests in Bolivia and Colombia and the insurrection in Chile. In addition to the analysis of the historical context, the demands and the actors involved, it puts an emphasis on the antagonisms, lines of conflict and resisting subjects in the individual countries. Finally, the article concludes with a comparative assessment of the mobilizations by focusing both on the similarities and the occurring differences between the four investigated cases.

Keywords: Latin America, Ecuador, Chile, Bolivia, Colombia, mobilization

* Tobias Boos  ist Universitäts-Assistent (Postdoc) an Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien. | Aaron Tauss  ist Assoziierter Professor für Internationale Politik an der Universidad Nacional de Colombia in Medellín.

Lateinamerika erlebte 2019 wieder bewegte Zeiten. Schien es bis zu Beginn des Jahres noch so, dass die Region nach dem Ende des progressiven Zyklus vor einer langanhaltenden Vorherrschaft rechter Regierungen stehen würde, befindet sie sich ein Jahr später in einem schwer einzuschätzenden Schwebезustand. Vor dem Hintergrund eines internationalen Panoramas, in dem autoritäre Politik Konjunktur hat, schien der Amtsantritt Jair Bolsonaro im Januar 2019 diesen Trend für Lateinamerika nicht nur zu bestätigen, sondern zu radikalieren. Vor allem die mit der neuen Welle rechter Kräfte einhergehende Gewaltförmigkeit und die von ihnen befeuerten *discursos de odios* (Hassdiskursen) waren besorgniserregend. Ende Januar spitzte sich die Lage auch in Venezuela weiter zu. Dass die »Strategie Juan Guaidó« vor allem auf die regionale und internationale Ebene ausgerichtet war, signalisierte, dass die Opposition die dortigen Kräfteverhältnisse für günstig erachtete, um die Regierung Maduros mithilfe ihrer Verbündeten zu stürzen. Auch die Aussichten für die Präsidentschaftswahlen Ende des Jahres in Bolivien, Argentinien und Uruguay waren aus emanzipatorischer Perspektive deshalb düster.

Wider Erwarten klarte in der zweiten Jahreshälfte jedoch der Horizont auf. Am 11. August 2019 schlug der peronistische Kandidat Alberto Fernández den amtierenden Präsidenten, den rechts-konservativen Mauricio Macri, bei den argentinischen Vorwahlen mit einem Vorsprung von 16 Prozent. In der Woche darauf trat einmal mehr die feministische Bewegung in der Region in den Vordergrund, als sie in Mexiko die »Glitter-Revolution« (*revolución diamantina*) ausrief und die systematische Komplizenschaft des Staates in der strukturellen Gewalt an Frauen denunzierte (Santillana/Boos 2019). Anfang Oktober rebellierten plötzlich in Ecuador und Chile die Massen gegen die neoliberalen Regierungen von Lenín Moreno und Sebastián Piñera.

Nicht wenige Linke hofften darauf, dass sich die positiven Dynamiken in den einzelnen Ländern noch verstärken könnten, und es in der Folge zu Synergien zwischen partei-politischer Ebene und den Aufständen von unten kommen könnte. Es folgte Anfang November der Putsch in Bolivien. Während Moreno und Piñera dem Druck der Straße vorerst standzuhalten scheinen, wurde wenig später in Kolumbien protestiert. Kurzum: Anfang 2020 ist die Lage unübersichtlicher denn je. Doch wie lassen sich die Kräfteverhältnisse in den betroffenen Ländern und die Auswirkungen der Proteste für die Region aktuell einschätzen? Um diese Frage zu beantworten, werden wir im Folgenden die jüngsten Proteste Ende 2019 in Ecuador, Chile, Bolivien und Kolumbien im Detail untersuchen.

Aus Platzgründen beschränken wir uns auf diese vier Länder, obwohl es auch andernorts zu Mobilisierungen kam. Grund für die Auswahl sind Umfang und (mediale) Aufmerksamkeit der jeweiligen Proteste und ihre regionale

Bedeutung. Mit Ecuador und Bolivien wurden zwei Kernländer des progressiven Zyklus von den Protesten erfasst. Chile und Kolumbien stehen hingegen paradigmatisch für jene Länder in der Region, in denen die Hegemonie der Rechten bis vor kurzem gefestigt schien. Neben der Analyse des historischen Kontextes, der Forderungen und der beteiligten AkteurInnen, untersuchen wir für die einzelnen Länder entlang welcher Antagonismen sich die Konflikte entspannen und welche (widerständigen) Subjekte sichtbar werden. In der abschließenden vergleichenden Einordnung arbeiten wir Gemeinsamkeiten, vor allem aber auch Unterschiede zwischen den vier Ländern heraus.

1. Ecuador

Ecuador war Anfang Oktober 2019 das erste Land, in dem es zu Protesten kam. Der unmittelbare Auslöser der zwölfstägigen Proteste war die Bekanntgabe eines Katalogs an Sparmaßnahmen (*paquetazo*). Die anfänglichen Proteste richteten gegen die Wirtschaftspolitik Morenos. Dabei verdichtete sich die Kritik in der Ablehnung des Dekrets 883, das vorsah, die Subventionen für Treibstoffe zu kürzen und dadurch 1,5 Milliarden US-Dollar einzusparen. Dabei sollte der Großteil, nämlich 78 Prozent, durch den Wegfall der Dieselsubventionen (Transportsektor und öffentlicher Nahverkehr) und 22 Prozent (330 Millionen US-Dollar) durch den Wegfall von Benzinsubventionen (Privatfahrzeuge) erzielt werden, was den Klassencharakter der Kürzungen verdeutlicht (Ospina 2019).

Auf die Verkündung der Sparmaßnahmen am 1. Oktober folgten erste Aufrufe zu Protesten am nächsten Tag, doch schlussendlich war es der Streik der TransportgewerkschaftlerInnen am 3. und 4. Oktober, der das Land stilllegte. Ebenso begannen indigene Organisationen nach Quito zu mobilisieren, während die Regierung den Ausnahmezustand verhängte. Als die Marschierenden am 7. Oktober in Quito ankamen, hatte die buntscheckigen Masse an Studierenden, ArbeiterInnen, Indigenen, Frauen, UmweltaktivistInnen und Jugendlichen in den Tagen zuvor nicht nur protestiert und der brutalen Repression getrotzt¹, sondern auch eine Versorgungs- und Unterstützungsinfrastruktur in den Universitäten installiert, die mitentscheidend für die Fortdauer der Proteste war (für eine Chronik vgl. Vega 2019). Den Aufständischen gelang es, sowohl die Rolle der Reproduktions- und Care-Arbeit in den Protesten, als auch die Pluralität der Subjekte des Widerstandes sichtbar zu machen (Hidalgo u.a. 2020). So standen beispielsweise auf den Bildern

1 Laut ecuadorianischer Volksanwaltschaft starben während der zwölf Protesttage acht Personen, 1.340 wurden verletzt und es kam zu 1.192 Festnahmen (Defensoría del Pueblo 2019).

der Proteste indigene Frauen als Teil des physischen Widerstands gegen die Repression im Vordergrund.

Am 9. Oktober erreichten die Proteste unter der Führung des Bündnisses der indigenen Nationalitäten Ecuadors (*Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador*, CONAIE) ihren vorläufigen Höhepunkt, was Präsident Moreno dazu veranlasste, mit der Regierung nach Guayaquil zu fliehen. Von dort verstärkte die Regierung die Repression, verhängte eine Ausgangssperre im Distrikt von Quito, der militärisch besetzt werden sollte. Gleichzeitig versuchte sie die Aufständischen zu spalten, indem sie die indigene Bewegung zum Dialog einlud, während sie andere Teile als infiltrierte *correistas* diffamierte.² Die CONAIE verweigerte sich dem Spaltungsversuch und lehnte die angebotenen Zugeständnisse an ihre Partikularinteressen ab. Stattdessen erklärte sie die Rücknahme des Dekrets 833 zur Verhandlungsbedingung, qualifizierte die Gewalt durch Polizei und Militär als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und machte sich somit zum Artikulationsorgan aller Aufständischen.³ Die Bevölkerung Quitos wiederum reagierte auf die Ausgangssperre in kreativer Weise, indem sie von ihren Fenstern und Balkonen aus einen *cacerolazo* organisierte (bei dieser Protestform wird Lärm gemacht, indem auf Töpfe geschlagen wird) und die Regierung schließlich zwang, unter der von CONAIE gestellten Bedingung zu verhandeln, was am 13. Oktober stattfand und live im Fernsehen übertragen wurde. Am Ende musste die Regierung das Dekret 833 zurücknehmen.

Die Proteste waren der Kulminationspunkt eines langsam anschwellenden Widerstandszyklus. Im April 2017 hatte Lenín Moreno die Präsidentschaftswahl auf dem Ticket der *Allianza País* (AP) gewonnen. Wenig später kam es jedoch zum Bruch zwischen Moreno und dem ehemaligen Präsidenten Correa sowie dessen Parteiflügel, der Anfang 2018 die AP verließ. Moreno versuchte, eigenständiges politisches Kapital aufzubauen, indem er im Februar 2018 ein Referendum abhalten ließ. Nach Jahren der Hyperpolitisierung durch den *correísmo* reichte die Verheißung gesellschaftlicher Versöhnung, um Moreno zu Beginn seiner Amtszeit außergewöhnlich hohe Zustimmungswerte zu beschern. Allerdings sanken diese in der Folgezeit rapide.

Grund hierfür war unter anderem, dass die Regierung sich immer offener auf die Seite der Wirtschaftseliten zu stellen begann und den Schwenk in Richtung Austeritätspolitik und neoliberaler Öffnung vertiefte. Letztere

2 *Correistas* sind die AnhängerInnen des ehemaligen Präsidenten Rafael Correa, der zwischen den Jahren 2007 und 2017 das Land regierte. Nach seiner Wahl überwarf sich Morenos mit Correa (s. unten).

3 »Conaie responde al Gobierno: »Nos disponemos al diálogo cuando se derogue Decreto 883«, elcomercio.com (11.10.2019).

hatte bereits unter Vorgänger Correa begonnen. Durch den Fall der internationalen Rohstoffpreise ab 2013 und den Kollaps des Ölpreises im folgenden Jahr brach die wichtigste Säule des ecuadorianischen Entwicklungsmodells weg. So unterzeichnete die Regierung etwa im November 2016 ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union, dessen Verhandlungen sie zuvor für Jahre hatte ruhen lassen. Die außenpolitische Positionierung in Abstimmung mit den rechten Regierungen in Kolumbien und Brasilien im Laufe des Jahres 2018 zeigte dann ganz offen die Neuausrichtung des Landes an.

Das gesellschaftspolitische Debakel der neoliberalen Umorientierung Morenos lässt sich an einigen Indikatoren ablesen, deren Senkung die Regierung im nationalen Entwicklungsplan für die Jahre 2017 bis 2021 als Ziel vorgesehen hatte. So ging etwa die Kinderarmut nicht zurück, sondern stieg bis Ende 2019 um 3,4 Prozent. Besonders betroffen waren vor allem ländliche Regionen (11,2%). Die Quote der in geregelten Arbeitsverhältnissen Beschäftigten auf dem Land fiel zwischen den Jahren 2017 und 2019 von 27,8 Prozent (2017) auf 20,6 Prozent. Der Anteil derjenigen ohne Sozialversicherung stieg im Jahr 2019 auf 60 Prozent, dem höchsten Stand seit neun Jahren (Báez 2020). Zeitgleich erhöhte sich Ecuadors Gesamtstaatsverschuldung von 45,2 Prozent im Jahr 2018 auf 52 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) (Montalvo 2020).

Um einen Ausweg aus der Schuldenkrise zu finden, vereinbarte die Regierung Moreno mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank Ende Februar 2019 Kredite im Ausmaß von über zehn Milliarden US-Dollar, die bis 2021 ausgezahlt werden sollten. Im März gab die Regierung schließlich eine Absichtserklärung gegenüber dem IWF ab, in der sie darlegte, wie sie in den kommenden Jahren die vereinbarten Vorgaben an Strukturanpassungen vorantreiben würde. Bereits zu diesem Zeitpunkt kündigten der Gewerkschaftsdachverband *Frente Unitario de Trabajadores* (FUT) sowie die CONAIE Widerstand und Proteste gegen die Maßnahmen an (Unda 2020).

Wie lässt sich der Aufstand entlang der vorgeschlagenen Achsen (Kontext, Forderungen, Konfliktlinien, widerständige Subjekte) analysieren? Zunächst ist der eigentliche Protestzyklus mit Beginn des Jahres 2019 zu datieren, der schließlich in den Aufständen im Oktober kulminierte. Dabei verlief die Konfliktlinie vordergründig zwischen einer sehr heterogenen Allianz aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und der Regierung. Jedoch scheint es gerechtfertigt, von einem Volksaufstand gegen den Block an der Macht zu sprechen, der über einen Protest gegen die Regierung Moreno hinausging. Das zeigte sich beispielsweise darin, dass in der Kritik der IWF als wichtiger Verbündeter der Regierung bei der neoliberalen Umstrukturierung stark präsent war. Ebenso wurde der *correísmo* als Wegbereiter der Krise kritisiert («weder Moreno, noch Correa» war einer der Slogans). Die Flucht Morenos

in die Provinzhauptstadt Guayaquil war dahingehend kein unbedeutendes Ereignis, als sie den Schulterchluss der dortigen Wirtschaftselite mit der Regierung symbolisierte. Insofern repräsentierten die Protestierenden den Antagonismus zwischen der politischen Klasse sowie ihren Bündnispartnern auf der einen und den popularen Klassen auf der anderen Seite. Dies zeigte sich sowohl in der Heterogenität sichtbarer widerständiger Subjekte, als auch in den Organisierungs- und Protestformen. Wie Santillana (2020) erläutert, setzen sich die popularen Klassen in Ecuador aus einer Heterogenität an sozialen Organisationen und Bewegungen, ArbeiterInnen und indigenen Gruppen zusammen, die in unterschiedlichen Widerstandsformen ihren Ausdruck finden und gegebenenfalls zusammenkommen und sich gemeinsam artikulieren. Während zu Beginn der Proteste von der Transportgewerkschaft zum Streik aufgerufen wurde, sind Straßenblockaden und der Marsch von den jeweiligen Territorien der Gemeinschaften nach Quito die historische Ausdrucksform der indigenen Bewegung. Sie symbolisiert die Entstehung eines Kollektivwillens, der den Aufstand aus den Territorien ins Zentrum der Regierenden trägt und die Hauptstadt besetzt. Diese Mechanismen, die eine lange Tradition in der Geschichte sozialer Bewegungen in Ecuador haben, ließen sich auch im Oktober wieder beobachten. Dabei übernahm die CONAIE die Führung innerhalb der Aufständischen. Allerdings ist der Erfolg der Proteste dadurch zu erklären, dass die indigene Bewegung nicht versuchte, das eigene Partikularinteresse zu universalisieren, sondern die Repräsentation des sich in den Protesten herausgebildeten Kollektivwillens übernahm und auch als solche wahrgenommen wurde. Der live im Fernsehen übertragene Dialog am 13. Oktober wurde zu einer öffentlichen Abrechnung mit der Regierung, bei der die RepräsentantInnen der verschiedenen indigenen Gruppen dieser im Namen des gesamten Volkes eine Lektion erteilten (Ramírez 2019: 26).

2. Chile

Inmitten des Aufstandes in Ecuador brachen Anfang Oktober auch Proteste in jenem Land los, in dem die neoliberale Ordnung in den vergangenen Jahrzehnten relativ wenig infrage gestellt wurde. Zwar war es immer wieder zu Demonstrationen gekommen, wie etwa im Jahr 2006 von SchülerInnen oder im Jahr 2011 von Studierenden (Donoso 2013; Bellei/Cabalin/Orellana 2014; Somma 2012), jedoch wurden diese zumeist als Ausdruck von Partikularinteressen wahrgenommen. Die Erhöhung des U-Bahn-Fahrpreises um 30 Pesos (drei Eurocent) in Santiago war am 7. Oktober 2019 der Auslöser für die größte Protestwelle, die Chile seit dem Ende der Pinochet-Diktatur (1973-1990) erlebt hat. Losgetreten wurden sie erneut von hunderten SchülerInnen,

die sich gegen die Preiserhöhung zu Wehr setzten, indem sie U-Bahn-Stationen besetzten und zum Schwarzfahren aufriefen. Die Bilder von wütenden Jugendlichen verbreiteten sich in Windeseile über soziale Medien, worauf sich in den folgenden Tagen auch immer mehr ArbeiterInnen, Studierende, und RentnerInnen den Protestaktionen anschlossen. Am 18. Oktober kam es schließlich bei einer Massendemonstration gegen die rechts-konservative Regierung von Präsident Sebastián Piñera zu schweren Zusammenstößen zwischen Protestierenden und der Polizei, die dabei auf brutale Repression setzte. Neben dutzenden U-Bahn-Stationen wurden auch Banken, Hotels, Apotheken und Supermärkte in Brand gesetzt und zum Teil geplündert (Ebert 2019).

Die Proteste breiteten sich innerhalb von Stunden von der Hauptstadt Santiago über das ganze Land aus. Schon bald war klar, dass sich der Unmut der Demonstrierenden nicht ausschließlich gegen die Preiserhöhung der U-Bahn richtete, sondern diese lediglich Kristallisationspunkt einer viel weitergehenden Kritik war. Die Proteste waren der Ausdruck einer über Jahrzehnte aufgestauten Frustration mit Chiles neoliberalen Wirtschaftsmodell und seinem politischen Establishment. Noch in derselben Nacht rief die Regierung in Santiago und anderen Provinzen den Ausnahmezustand aus und verhängte die Tage darauf auch nächtliche Ausgangssperren. Für mehr als eine Woche patrouillierten zehntausend SoldatInnen mit Panzern und Kriegsgerät bewaffnet durch sämtliche Regionen des Landes. Auf eine solche Maßnahme war zuletzt unter der Militärdiktatur zurückgegriffen worden (Tinsman 2019).

Die politischen Ereignisse erklären sich aus den Widersprüchen des chilenischen Modells. Es hat zwar in den vergangenen drei Jahrzehnten für hohe Wachstumsraten gesorgt, jedoch gleichzeitig Chile weltweit zu einem der Länder mit der höchsten sozialen Ungleichheit gemacht. Das reichste Prozent der Bevölkerung konnte in den vergangenen Jahrzehnten dank der neoliberalen Politik ein Drittel des gesamten Reichtums in seinen Händen anhäufen (PNUD 2017). Wie auch in anderen Ländern der Region ist die besitzende Klasse jedoch weitaus kleiner als dieses eine Prozent und besteht aus etwa 400 bis 500 Haushalten, die die chilenische Wirtschaft dominieren. Gleichzeitig verdient heute, trotz mitteleuropäischer Preise, mehr als die Hälfte der ArbeiterInnen wenig als 500 Euro im Monat. Um das Missverhältnis zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten auszugleichen, sah sich der überwiegende Teil der Chilenen und Chileninnen gezwungen, Kredite aufzunehmen und sich zu verschulden (Boddenberg 2019).

Dass die jüngsten Massenproteste alle Altersgruppen erfassten, kann durch die wiederholten Demonstrationen im Bildungssektor in den letzten fünfzehn Jahren und die gleichzeitig wachsende soziale Unzufriedenheit erklärt werden. Außerdem trug die Repression der Piñera-Regierung dazu bei,

dass die Anliegen der Protestierenden eine verbreitete Akzeptanz fanden. Dem Nationalen Institut für Menschenrechte (INDH) zufolge sind seit Beginn der Proteste etwa 30 Menschen ums Leben gekommen, mehr als 3.700 wurden verletzt und an die 10.000 festgenommen (INDH 2020). Andere Quellen sprechen von noch weitaus höheren Zahlen.⁴ Auch die Vereinten Nationen (2019), Amnesty International (2019) und Human Rights Watch (2019) kritisieren die schweren Menschenrechtsverletzungen und sprechen in ihren Berichten von Morden, Folter, sexualisierter Gewalt und illegalen Festnahmen, die allesamt von der chilenischen Polizei und dem Militär begangen wurden. Immer mehr soziale Bewegungen, Oppositionsparteien und Menschenrechtsorganisationen fordern daher den sofortigen Rücktritt Piñeras, dessen Zustimmungswerte im Januar 2020 auf sechs Prozent sanken (El Mostrador 2020).⁵ Doch trotz Ausnahmezustand, Ausgangssperren und späteren Gesetzesverschärfungen gingen die Proteste ab Mitte Oktober 2019 weiter. Erst als die militärische Repression nicht die erhoffte Wirkung erzielte, präsentierte Präsident Piñera ein Paket sozialer Maßnahmen, das unter anderem die Erhöhung der Mindestrente und des Mindestlohns, die Einführung eines höheren Spitzensteuersatzes und eine Verbesserung des Gesundheitssystems versprach (Gobierno de Chile 2019). Zu diesem Zeitpunkt war das Anliegen der Aufständischen jedoch bereits weit über die Forderung materieller Zugeständnisse hinausgewachsen. Mittlerweile stand die neoliberale Gesellschaftsordnung als ganze zur Debatte. Am 25. Oktober gingen an die 1,2 Millionen Menschen (vor allem Studierende, ArbeiterInnen, Frauen- und Umweltorganisationen, Bürgerrechts- und Umweltschutzgruppen sowie soziale Bewegungen) in Santiago auf die Straße, um gegen die Regierung, niedrige Pensionen, prekäre Arbeitsbedingungen, ein marodes Bildungssystem, die Privatisierung der Natur, die Unterdrückung indigener Gemeinschaften und die ausufernde Polizeigewalt zu protestieren.⁶

Die Ausweitung der Anliegen kristallisiert sich schließlich in der Forderung, eine neue Verfassung auszuarbeiten, und zwar von unten und demokratisch. Dabei handelt es sich um ein älteres Anliegen, das schon während der Amtszeit von Piñeras Vorgängerin Michelle Bachelet (2014-2018) hätte umgesetzt werden sollen, jedoch von der jetzigen Regierung rasch *ad acta* gelegt wurde. Die Forderung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag entwickelte im Zuge der Proteste eine integrierende und verbindende Dynamik unter

4 »Más de 17.000 detenidos en el mes de protestas en Chile«, elpais.com (18.11.2019).

5 »Liderazgo internacional histórico: el 6% de aprobación de Piñera rompe récords en Sudamérica«, elmostrador.cl (17.1.2020).

6 »Los históricos registros que dejó La Marcha Más Grande de Chile«, eldesconcerto.cl (25.10.2019).

den Aufständischen. Es gelang, aus den einzelnen Partikularinteressen einen Kollektivwillen und einen gemeinsamen politischen Nenner zu entwickeln, einen Horizont für eine grundlegende Umorientierung Chiles zu öffnen. Die Hegemoniekrise des neoliberalen Modells und des politischen Systems spielte dabei eine entscheidende Rolle. Unter den heterogenen Protestgruppen setzte sich mehr und mehr die Überzeugung durch, dass ohne die Überwindung der Pinochet-Verfassung keine strukturelle sozio-ökonomische und politische Transformation Chiles möglich ist.

Ähnlich wie in Ecuador gibt es ein heterogenes Bündnis zwischen Angehörigen der jüngeren Generation (SchülerInnen, Studierende), Teilen der prekarierten ArbeiterInnenklasse, einer zunehmend unzufriedenen und verschuldeten Mittelklasse und indigenen Organisationen. Mit den anhaltenden Protesten und wachsender Repression gelang es den Protestierenden, weite Teile der Bevölkerung für sich zu gewinnen und einen Antagonismus zwischen sich und der Regierung zu markieren. Letztere wurde in erster Linie nur noch als die Vertreterin der nationalen besitzenden Klasse und des transnationalen Kapitals angesehen. Dieser vereinende Antagonismus manifestierte sich in den widerständigen Subjekten auf der Straße, die trotz ihrer Heterogenität in Diskursen, Organisationsformen und Protestpraktiken einen gemeinsamen Ausdruck fanden. Die Aufständischen entwickelten ziemlich rasch vereinende Symbole, wie etwa die mit Gasmasken, Schutzbrillen und selbstgebastelten Schilden ausgestatteten Jugendlichen, die die ersten Linien der Demonstrationen stellten (*primera línea*) oder auch die weit verbreitete Protestgeste, bei der ein Auge mit dem Handballen verdeckt wird. Damit soll auf die über 400 durch Gummigeschosse der Polizei verursachten Augenverletzungen hingewiesen werden.

Nach einem Monat anhaltender Proteste präsentierte die Piñera-Regierung am 15. November 2019 ein von den meisten politischen Parteien unterzeichnetes Abkommen, das die Abhaltung eines Referendums über eine neue Verfassung für den 26. April 2020 vorsah. Abgestimmt wird auch über deren spezifische Ausarbeitung. Dabei stehen zwei Optionen zur Wahl: ein gemischter Konvent, der jeweils zur Hälfte aus den derzeitigen ParlamentarierInnen und gewählten BürgerInnen besteht, und ein Verfassungskonvent, der ausschließlich aus gewählten BürgerInnen zusammengesetzt ist. Soziale und populäre Bewegungen stehen den akkordierten Ausarbeitungsformen jedoch kritisch gegenüber und plädieren dem Beispiel Venezuelas folgend für die Schaffung einer autonomen und basisdemokratischen verfassungsgebenden Versammlung.

Die Skepsis gegenüber dem politischen Establishment ist weiterhin groß und betrifft auch Gewerkschaften und linke Parteien. In den vergangenen Monaten haben sich daher in verschiedenen Stadtteilen Santiagos, aber auch

in anderen Städten Chiles, Nachbarschaftsversammlungen (*asambleas*) und Selbstverwaltungsvereinigungen (*cabildos*) gegründet, um die politische Lage des Landes zu besprechen und konkrete Vorschläge für eine neue Verfassung zu diskutieren (Gómez 2019). Anfang März 2020 kam es erneut zu landesweiten Massenprotesten, denen die Regierung jedoch angesichts rasch steigender COVID-19-Erkrankungen durch die Ausrufung des Ausnahmezustandes ein jähes Ende setzte. Schließlich wurde auch noch das anberaumte Referendum auf Ende Oktober 2020 verschoben.

3. Bolivien

In Bolivien verfolgte Evo Morales den Plan, sich am 20. Oktober erneut zum Präsidenten wählen zu lassen. Neben Hugo Chávez war Morales wohl die wichtigste Repräsentationsfigur des progressiven Zyklus. Darüber hinaus war es dem *Movimiento al Socialismo* (MAS) in den vergangenen Jahren gelungen, den internationalen Finanzsektor und seinen Institutionen trotz deren post-neoliberalen Rhetorik positiv zu stimmen. Das machte Bolivien zu einer Art »Vorzeigeschüler« (Webber 2015). Ebenso gelang es der Morales-Regierung im Gegensatz zu anderen Ländern, den Verfall der Rohstoffpreise durch Investitionspakete zunächst abzufedern (Molina 2019). Die wirtschaftliche Lage in Bolivien stellte sich im Vorfeld der Wahlen daher vergleichsweise gut da. Anders als in Ecuador und Chile war der Ausgangspunkt der Proteste somit auch nicht wirtschaftlicher Natur, sondern bezog sich zunächst auf die Frage demokratischer Legitimität.

Am 20. Oktober 2019 fand die erste Runde der Präsidentschaftswahl statt. Als Favorit wurde Evo Morales gehandelt, vor dem Kandidaten der *Comunidad Ciudadana*, Carlos Mesa. Die Frage im Vorfeld der Wahlen war nicht, ob Morales als Sieger aus dem ersten Wahlgang hervorgehen würde, sondern ob er den notwendigen Stimmenanteil von über 40 Prozent in Kombination mit einem Vorsprung von zehn Prozentpunkten erreichen würde. Am Wahlabend stoppte dann das eingerichtete Schnellauszählungssystem (*Transmisión Rápida de Resultados Electorales Preliminares*, TREP) bei 83,3 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt belief sich der Vorsprung von Morales vor Mesa auf 7,1 Prozent, was eine Stichwahl zur Folge gehabt hätte. Während die Regierung darauf hinwies, dass das Einstellen des TREP mit Beginn der offiziellen Zählung geplant gewesen war, preschte die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vor und meldete Zweifel an den Vorgängen an – allerdings ohne entsprechende Belege vorzulegen. Gleichzeitig war die Kommunikation vonseiten der Regierung und Wahlbehörden mehr als unglücklich, nachdem sie unterschiedliche Begründungen für die Vorgänge geliefert hatten (Stefanoni 2019).

Die Proteste in unterschiedlichen Städten des Landes begannen noch während der Auszählung. Am 25. Oktober verkündete die Wahlbehörde dann das offizielle Ergebnis, wonach Morales als Sieger mit 47,08 Prozent vor Carlos Mesa (36,51%) zum neuen Präsidenten gewählt worden war. Trotzdem gingen die Proteste zu diesem Zeitpunkt getragen von der urbanen Mittelklasse weiter. In einer politischen Sackgasse angekommen, versuchte die Regierung die Situation zu lösen, indem sie einem Auszählungsaudit durch die OAS zustimmte. Am 10. November legte die OAS einen vorläufigen Bericht vor, indem sie einen Vorsprung von 10 Prozent als statistisch unwahrscheinlich qualifizierte und Neuwahlen empfahl (OAS 2019). Andere ExpertInnen wiederum zeigten mithilfe statistischer Modelle, dass die Stimmverteilung durchaus wahrscheinlich war (CEPR 2019). Trotzdem stimmte die Regierung der Ausrichtung von Neuwahlen zu, nachdem sie zu der Einschätzung gekommen war, dass eine erneute Präsidentschaft Evo Morales unter diesen Bedingungen politisch kaum zu legitimieren gewesen wäre. Jedoch war die Situation zu diesem Zeitpunkt bereits außer Kontrolle geraten. Am Tag zuvor hatte die Polizei damit begonnen, in einigen Kasernen zu meutern. Am 10. November »legte« das Militär Morales seinen Rücktritt »nahe«, und auch einige soziale Organisation hatten diesen mittlerweile gefordert. Morales floh ins politische Asyl nach Mexiko. Am 12. November ließ sich schließlich die rechte Senatorin Jeanine Áñez von den Militärs vor einem nahezu leeren Kongresssaal zur Präsidentin dekorieren. In den Folgetagen kam es zu Protesten vonseiten derjenigen, die sich über den Putsch empörten, ebenso wie durch AnhängerInnen der MAS. Die Regierung antwortete mit einer brutalen Repression, die mindestens 32 Tote, 832 Verletzte und 1513 Festnahmen zur Folge hatte (Parlasur 2019).

Die Vorkommnisse in Bolivien sind wohl die am kontroversesten der hier analysierten Fälle. Die Einmischung des Militärs in die politische Auseinandersetzung, die zum Austausch der Exekutiven führte, ist als Putsch zu charakterisieren. Die Gemengelage war dabei überaus komplex und lässt sich nicht auf den Konflikt zwischen ehemaliger MAS-Regierung und der Putschregierung reduzieren. Wie eingangs bereits erwähnt, spielten wirtschaftspolitische Fragen zunächst keine Rolle. Das ursprüngliche Anliegen war zunächst demokratiepolitisch. Dieses wurde von einer Fraktion der rechten Opposition genutzt, um ihr Projekt einer radikalen gesellschaftlichen Umgestaltung zu verallgemeinern, die weit mehr als einen politischen Machtwechsel nach den Wahlen umfassen sollte.

Ermöglicht wurde die Offensive der Rechten zum einen durch die Opposition, die bereits in den Monaten zuvor einen Wahlbetrug angekündigt hatte. Zum anderen wurde sie begünstigt durch das Vorgehen der MAS, die

die erneute Kandidatur Morales ermöglichte hatte. Dieser hatte ein Verfassungsreferendum am 21. Februar 2016 verloren, in dem er über die Möglichkeit eines erneuten Wahlantritts hatte abstimmen lassen. Aufgrund einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, war ihm dann doch ermöglicht worden anzutreten. Bereits 2017 hatte dieser entschieden, dass das Verbot einer Kandidatur Morales den Menschenrechten entgegenstünde. Da Morales es ablehnte, die vorgesehene Alternierung der Macht zu akzeptieren, war er in dieser Sache demokratiepolitisch wenig glaubwürdig. Die Proteste im Anschluss an den Wahlabend artikulierten somit nicht nur den Vorwurf eines möglichen Wahlbetrugs, sondern kanalisiert ebenso eine allgemeine Kritik am Vorgehen der MAS bzw. stellten die Legitimität der Kandidatur Morales grundlegend infrage (Stefanoni 2019). Somit konnte auch die Ausrafung von Neuwahlen die Proteste nicht mehr einholen.

Bereits im Vorfeld waren Zeichen erkennbar, die auf eine Neukonfiguration der Kräfteverhältnisse hindeuteten. Erstens schlug die stets latente Befremdung gegenüber der Morales-Regierung innerhalb der urbanen Mittelklasse nun in offenen Protest um. In den vorangegangenen Jahren war es zu einer Abwertung ihres sozialen und kulturellen Kapitals gekommen, außerdem spielten rassistische und koloniale Ressentiments weiterhin eine Rolle. Grund hierfür war die Öffnung der Staatsapparate für indigene Bevölkerungsgruppen, die historisch der weißen oder *mestizo* Mittelklasse vorbehalten gewesen war (Stefanoni/Molina 2019). Vor dem Hintergrund der sich wandelnden Kräfteverhältnisse und der Erfahrungen, dass sich auch in anderen Ländern die Mittelklassen von den progressiven Regierungen abwandten, hatte der damalige Vizepräsident Álvaro García Linera noch in der Zeit vor den Wahlen davon gesprochen, dass man diese Mittelklasse wieder zurückgewinnen müsse (Villanueva 2018). Schlussendlich ebneten Teile dieser Mittelklasse, die man im Wahlkampf noch adressiert hatte, der harten rechten Opposition den Weg in den Präsidentenpalast.

Zweitens schaffte es die MAS nicht, ihre eigene Basis zu mobilisieren. Grund hierfür ist deren zunehmende Demobilisierung und Spaltung in den vorangegangenen Jahren. Die Wurzeln hierfür lassen sich im Konflikt um den Nationalpark *Territorio Indígena Parque Nacional Isiboro Sécura* (TIPNIS) 2011 verorten. Trotz des Vetos der lokalen *communities*, hielt die Regierung an den Plänen fest, eine Straße durch den Nationalpark zu bauen. Im Zuge des Protestmarsches kam es zu polizeilicher Repression, die schlussendlich zum Rücktritt des damaligen Innenministers führte. Aufgrund dieser Erfahrung verfolgte die Regierung in den Folgejahren die Strategie, die sozialen Organisationen zu spalten oder parallele Führungen aufzubauen (Cavorris 2017). Die rechte bis rechtsextreme Opposition schaffte es hingegen, das Mo-

mentum der Proteste zu erkennen und sie für sich zu nutzen, indem sie ihre Interessen und ihre Sichtweisen in den Protesten verallgemeinerten. Zum einen gelang es der Rechten, ihre Forderungen zu radikalisieren. Ging es zu Beginn um eine Überprüfung der Wahlen, reichte es am Ende auch nicht, dass die Morales-Regierung Neuwahlen ankündigte, um den Putsch zu verhindern. Stattdessen gelang es der rechten Fraktion nicht nur, Morales umgehend abzusetzen, sondern selbst das Mittel des Putsches zunächst zu legitimieren. Zum anderen kam es zu einer zunehmenden »Verweißlichung« (*blanqueamiento*) der Subjekte des Protestes. Statt der *mestizo* Mittelklasse rückten immer mehr die alten Eliten in den Vordergrund und mit ihnen das weiße koloniale Herrnsjekt als Repräsentation einer bolivianischen Identität. Beispielhaft steht hierfür die sukzessive Verdrängung der gemäßigten Opposition rund um Carlos Mesa aus der medialen Debatte, die durch die zunehmende Führungsrolle von Luis Fernando Camacho ersetzt wurde. Letzterer entstammt dem reichen *departamento* Santa Cruz im Süden des Landes, das die Hochburg der Opposition gegen die Morales-Regierung war. In den letzten Jahren hatten sich diese alten Eliten mit der Regierung aufgrund der hohen wirtschaftlichen Gewinne arrangiert (Salazar 2016) und ihren historischen Herrschaftsanspruch zurückgestellt. Gleichwohl legten sie nie die Überzeugung ab, dass ihnen dieses Recht zustehe (zu Ideologie und Genese dieser Eliten vgl. Webber 2011: 84–98). Anders als im Autonomiekonflikt im Jahr 2008 konnte sie dieses Mal ihre Interessen auf die nationale Ebene heben und verallgemeinern. Neuwahlen waren aus diesem Grund keine Option für diesen Teil der Opposition. Ihr Ziel war, das Gesellschaftsprojekt zu demontieren, an deren Spitze sich die MAS für eine Zeit lang gesetzt hatte. Dass diese Fraktion eine radikale Umorientierung anstrebt, zeigte sich unmittelbar im Anschluss an den Amtsantritt der *de facto* Präsidentin Áñez, als sie sich anschickte, Bolivien außenpolitisch an die rechten Regierungen in der Region anzunähern und staatliche Unternehmen auf mögliche Privatisierungen hin zu überprüfen.

4. Kolumbien

Am 21. November 2019 erreichte die lateinamerikanische Protestwelle schließlich auch Kolumbien. Der von der Opposition, von Gewerkschaften und Studierenden ausgerufenen »nationalen Streik« (*paro nacional*) hatte vornehmlich urbanen Charakter und konzentrierte sich in den Großstädten Bogotá, Medellín, Cali, Barranquilla, Cartagena, Bucaramanga und Popayán. Den OrganisatorInnen zufolge nahmen insgesamt an die 1,5 Millionen Menschen an den Protesten teil. Kolumbien hatte eine derartige Massendemonstration seit

September 1977 nicht mehr erlebt, als ein »ziviler Streik« (*paro cívico*) weite Teile des Landes lahmlegte (Hylton 2019; Abitbol 2019).

Mehr als vierzig Jahre danach waren es vor allem Studierende, SchülerInnen, Gewerkschaften, LehrerInnen, soziale Bewegungen, aber auch Kolumbiens indigene Bewegungen, die gegen Korruption, Polizeigewalt, neoliberale Wirtschaftspolitik, soziale Ungleichheit, die anhaltende Krise des Bildungssystems, extraktivistische Großprojekte, das drohende Scheitern des Friedensabkommens mit der Farc-Guerilla, sowie gegen die systematische Ermordung von AktivistInnen protestierten und den Rücktritt von Präsident Duque forderten (Estrada 2019). Linke Parteien und progressive OppositionspolitikerInnen, wie etwa der reformistisch-orientierte Präsidentschaftskandidat von 2018, Gustavo Petro, standen bei den Protesten eher im Hintergrund. Vor allem in Bogotá und Cali kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Demonstrierenden und der Aufstandsbekämpfungseinheit der Polizei (Esmad). Straßenblockaden wurden errichtet, Regierungsgebäude und Busstationen angegriffen und zahlreiche Geschäfte geplündert, woraufhin die Regierung in beiden Städten eine Ausgangssperre verhängte. Vizepräsidentin Martha Lucia Ramirez forderte nicht nur ein noch repressiveres Vorgehen des Esmad, sondern unterstellte den Protestierenden auch, von Russland, Venezuela und dem São-Paulo-Forum⁷, finanziell unterstützt zu werden.⁸

Nach dem Amtsantritt von Duque im August 2018 war es bereits im Januar 2019 zu landesweiten Protesten gegen die Regierung gekommen. Die Beweggründe von damals sind bis heute weitestgehend dieselben geblieben. Die persönliche wirtschaftliche und soziale Lage vieler KolumbianerInnen ist nach wie vor sehr prekär. Trotz eines relativ hohen Wirtschaftswachstums (durchschnittlich 3,5 Prozent zwischen den Jahren 2009 und 2018) ist die Schere zwischen Arm und Reich in den vergangenen Jahren nur unwesentlich kleiner geworden. Laut World Bank (2017) ist Kolumbien nach Honduras in Lateinamerika das Land mit der zweithöchsten sozialen Ungleichheit und rangiert weltweit in dieser Kategorie auf dem siebten Platz. Die zehn Prozent der SpitzenverdienerInnen erhielten im Jahr 2017 39 Prozent des gesamten Einkommens des Landes, und mehr als ein Viertel (27%) der kolumbianischen Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze (World Bank 2017; 2020). Gewerkschaften kritisieren auch die anhaltende Privatisierung staatlicher Unternehmen sowie die wachsende Zahl von Freihandelsabkommen.

7 Das São-Paulo-Forum ist eine Ende der 1990er Jahre von linken Parteien und sozialen Bewegungen gegründete regionale Organisation.

8 »Vicepresidenta dice que desde Rusia mueven mensajes para las marchas«, <https://www.eltiempo.com> (12.12.2019).

Die billigen und subventionierten Agrarimporte aus den Vereinigten Staaten und Europa bedrohen vor allem die Existenz kolumbianischer Kleinbauer und Kleinbäuerinnen. Umweltgruppen und indigene Bewegungen hingegen haben in den vergangenen Monaten ihren Protest vor allem gegen die von der Duque-Regierung geplante Ausweitung extraktivistischer Großprojekte und die mögliche Einführung von *fracking* gerichtet (Mantilla 2019a).

Mitte Oktober 2019 schnürte die kolumbianische Regierung dann noch ein weiteres neoliberales Reformpaket, das unter anderem eine regressive Steuerreform und die schleichende Privatisierung des staatlichen Pensionssystems vorsieht. Außerdem präsentierte Duques vom ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe gegründete Partei *Centro Democrático* einen Gesetzesvorschlag, der es Firmen ermöglichen sollte, 18 bis 25-Jährige für lediglich 75 Prozent des im regionalen Vergleich bereits extrem niedrigen Mindestlohns anzustellen (Carrero 2019). Dagegen liefen in der Folge nicht nur die Gewerkschaften, sondern vor allem auch Studierende Sturm. Letztere beklagen zusätzlich noch die anhaltende finanzielle Krise der öffentlichen Universitäten, die sich verschlechternden Zugangs- und Studienbedingungen und die fehlende Bereitschaft der Regierung gegenzusteuern (Hylton/Tauss/Duque 2018).

Zusätzlich steht Präsident Duque seit längerem in der Kritik wegen der schleppenden Implementierung des mit der Farc-Guerilla im November 2016 unterzeichneten Friedensabkommens. Das Budget für 2020 sieht dafür lediglich 0,8 Prozent des BIP vor, anstatt der vereinbarten 10 Prozent. Dazu kommt, dass Duque, dessen Partei die Interessen der GroßgrundbesitzerInnen vertritt, der Umsetzung der Landreform wenig Beachtung schenkt.⁹ Statt eines erhofften Endes der Gewalttaten nahmen diese trotz des Friedensvertrags jüngst sogar wieder zu. Den Vereinten Nationen zufolge gab es im vergangenen Jahr 36 Massaker – der höchste Wert seit 2014.¹⁰ Vor allem in jenen Gebieten, aus denen sich die Farc in den letzten Jahren zurückgezogen hatte, ringen Paramilitärs, Drogenbanden, Farc-Splittergruppen und Kolumbiens andere noch verbleibende Guerilla-Bewegung sowie die Nationale Befreiungsarmee (*Ejército de Liberación Nacional*), um die militärische, politische und wirtschaftliche Vorherrschaft (Tauss/Pardo/Graaff 2019). Die Gewalt richtet sich vor allem gegen AktivistInnen, Kleinbauern und Indigene, die sich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen engagieren und ihr Land und ihre Lebensweisen verteidigen. Alleine im ersten Halbjahr 2019 wurden 116 »soziale AnführerInnen« (*líderes sociales*) getötet, Tendenz steigend (Indepaz

9 »Presupuesto para 2020: el gobierno le sigue quitando plata a la paz«, pacifista.tv (4.10.2019).

10 »En 2019 hubo 36 masacres en Colombia, la cifra más alta desde 2014: ONU«, <https://www.elespectador.com/> (26.2.2020).

2019). Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens sind zumindest 190 ehemalige Mitglieder der Farc ermordet worden.¹¹ Hauptverantwortlich für die Gewaltverbrechen sind in erster Linie rechte Paramilitärs und Drogenbanden, aber auch das kolumbianische Militär. Einen Höhepunkt erreichte die Gewalt Ende Oktober 2019, als in den indigenen Gemeinschaften der Cauca-Region innerhalb von drei Tagen zwei Massaker verübt wurden. Als Antwort bekräftigten die indigenen Gemeinschaften daraufhin ihre Unterstützung für den Ende November angesetzten »nationalen Streik«.

Nach den historischen Ereignissen vom 21. November 2019 gelang es in der Folge vor allem den Studierenden, die Mobilisierungen mit weiteren Protestmärschen, Kundgebungen, Konzerten, Totenwachen für die Opfer und *cacerolazos* für mehr als einen Monat, bis zu den Weihnachtsfeiertagen, aufrecht zu erhalten. Gegen Ende Januar und Februar kam es erneut zu Streikversuchen, bei denen sich jedoch im Vergleich zum November relativ wenige Menschen beteiligten. Die für März 2020 angekündigten Protestmärsche mussten aufgrund der COVID-19-Pandemie und den landesweiten Quarantänemaßnahmen letztendlich verschoben werden. Laut Polizeiangaben sind seit November zumindest drei Menschen im Zuge der Proteste gewaltsam ums Leben gekommen; 800 Personen wurden verletzt und über 100 verhaftet.¹² Trotz immer lauter werdender Kritik setzt die Duque-Regierung weiter auf Repression und hat bis dato keine wirkliche Bereitschaft gezeigt, mit dem gegründeten »Nationalen Streikkomitee« (*comité nacional de paro*), das die verschiedenen Forderungen der Protestierenden zusammengefasst hat, ernsthaft zu verhandeln (López 2019).

Ähnlich wie in Chile zeichnet sich der Widerstand auch in Kolumbien durch einen äußerst heterogenen Charakter aus, was sich vor allem an den unterschiedlichen Partikularinteressen, Ausdrucksformen, Themenschwerpunkten und Symbolen verdeutlicht (Monje/Niño 2019). Was die Protestierenden eint, ist ihre Kritik an Kolumbiens oligarchisch-plutokratischem politischen System und die Ablehnung des vorherrschenden neoliberal-extraktivistischen Akkumulationsmodells. Dieses führt zu immer mehr sozialen und ökologischen Verwerfungen und steht im engen Zusammenhang mit vielen der erhobenen Forderungen. Den Protestierenden gelang es im Laufe der Zeit vor allem einen Antagonismus zwischen sich und einer als korrupt, inkompetent und repressiv angesehenen Regierung deutlich zu machen. Dieser erzeugte eine über die Heterogenität der politischen Subjekte hinweg verbindende Wir-

11 »Asesinan a excombatiente de las Farc en Carmen del Darién, Chocó«, <https://www.elespectador.com/> (1.4.2020).

12 »Heridos en el paro nacional«, <https://www.elespectador.com/>, (20.1.2020).

kung und bildete gleichzeitig Konturen eines gemeinsamen Gegenentwurfs heraus, eines sozial-gerechten, demokratischen und friedlichen Kolumbiens.

Obwohl sich der anfängliche Enthusiasmus und die massive Beteiligung von November 2019 nicht aufrechterhalten ließen und sich die Proteste nicht ausweiteten und radikalisierten, sind die Ereignisse der vergangenen Monate dennoch ein Ausdruck einer sich vertiefenden Krise des Neoliberalismus und gleichsam ein Zeichen für den politischen Abstieg der extremen Rechten in Kolumbien (Mantilla 2019b; Curreo-Lugo 2019). Diese Tendenz zeigte sich unter anderem im Ergebnis der im Oktober 2019 abgehaltenen Regionalwahlen, bei denen das Uribe-Lager ehemalige Kernregionen abtreten musste. Für Kolumbiens Linke könnten der jüngste Mobilisierungszyklus und der immer stärker auftretende Antagonismus auch eine wichtige Rolle bei der Präsidentschaftswahl in zwei Jahren spielen. Es wird erwartet, dass der Mitte-Links-Kandidat Gustavo Petro mit einer breiten sozialen und politischen Allianz erneut antreten wird.

5. Vergleichende Einordnung der Mobilisierungen

Die Analyse der Proteste in den vier Ländern zeigt Gemeinsamkeiten, aber auch starke Differenzen auf. Die augenscheinlichste Gemeinsamkeit der Revolten besteht in der Kritik an den neoliberalen Politiken und der staatlichen Gewalt. Nur in In Bolivien verhandelten die Proteste hingegen die Frage demokratischer Legitimität. Bolivien unterscheidet sich von den anderen Fällen auch in Bezug auf die Subjekte, die im jeweiligen Widerstand sichtbar wurden. Hier vollzog sich insofern eine entgegengesetzte Bewegung im Vergleich zu den drei anderen Ländern, als es zu einer zunehmenden Homogenisierung kam. Im Zuge der Proteste wurde das kommunitäre Plurinationale als Repräsentation Boliviens zunächst durch das Bild einer urbanen *mestizo* Mittelklasse infrage gestellt, bevor letztere durch ein weißes koloniales Herrschaftsobjekt ersetzt wurde.

Die anderen Fälle weisen hingegen gewisse Parallelen in der Heterogenität der widerständigen Subjekte auf. In ihrer vielbeachteten Geschichte des revolutionären Atlantiks zeigen Linebaugh und Rediker (2008), wie ein »buntscheckiger Haufen« von SklavInnen, Seeleuten und Entrechteten während des rasanten Aufstiegs des globalen Kapitalismus an den unterschiedlichen Orten revoltierten und Widerstand leisteten. Besonders eindrucksvoll in ihrer Untersuchung ist, dass sie aufzeigen, wie die Erfahrungen und das widerständige Wissen der lokalen Kämpfe »unter der Oberfläche« zirkulierten, bis dieses transatlantische Proletariat dann, häufig ganz unerwartet, in Form von Aufständen, Protesten und Meutereien in Erscheinung trat – des-

halb ihre Metapher der »vielköpfigen Hydra«. Dieses Bild scheint uns auch für die jüngsten Proteste in Lateinamerika hilfreich.

Abseits des Fokus auf die großen »tektonisch Bewegungen« in der Region (»progressiver Zyklus«, »Aufstieg einer neuen Rechte«), brachen die Proteste im letzten Jahr los. Für die meisten BeobachterInnen kamen sie in diesem Ausmaß unerwartet. Dabei rekrutierte sich der schwer fassbare »Haufen« aus Protestierenden mit unterschiedlichsten sozialen wie politischen Hintergründen und Erfahrungen. Gleichwohl speisen sich die Proteste aus den sozialen Kämpfen der Vorjahre, die etwa von feministischen Bewegungen und lokalen Organisationen gegen die extraktivistischen Entwicklungsmodelle, oder von Studierenden und SchülerInnen gegen ein marktförmiges Bildungswesen geführt wurden. Allerdings fand all dies bis zu den neuen Protesten keinen gemeinsamen Ausdruck. Das lag und liegt auch daran, dass sie in den einzelnen Ländern mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert waren und sind, die das Terrain strukturieren, auf dem sie agieren. Die Protestierenden in Ecuador finden ein sehr »zerklüftetes Terrain« vor. Der einende Antagonismus gegenüber der neoliberalen Politik von Lenín Moreno ist durchzogen von den Folgen der Zerwürfnisse der Correa-Regierung. In Bolivien sind emanzipatorische Kräfte mit dem Aufschwung einer extremen Rechten konfrontiert, sodass eine Reflexion der MAS-Erfahrung, die alternative Konstruktionen außerhalb oder innerhalb der Partei ermöglichen könnte, aktuell hintan gestellt ist. In Kolumbien sehen sich die Protestierenden mit extremer (staatlicher) Gewalt und der Ausweitung des neoliberalen-extraktivistischen Entwicklungsmodells konfrontiert, während in Chile 30 Jahre des post-Pinochet- »Gesellschaftskompromisses« aufgearbeitet werden. Die kommenden Monate werden auch dadurch gekennzeichnet sein, dass die Bewegungen um einen organisatorischen Ausdruck ringen, und wie sich dieser gestalten wird.

In den Protesten wurde eine neue Buntscheckigkeit sichtbar, die sich in ihre Repräsentationen, Symboliken und Organisationsformen einschrieb. Die Fotos des besetzten Monuments der Plaza Italia in Santiago de Chile, von dessen Spitze die Fahne der Mapuche wie auch jene Chiles wehte, gingen um die Welt. Gleiches gilt für die Bilder indigener ecuadorianischer Frauen, die bewaffnet mit selbstgebastelten Schildern der Repression standhielten, wie auch für kolumbianische Studierende, die mit Trommeln und Kochtöpfen ihren wachsenden Unmut mit einem oligarchischen System der multi-dimensionalen Ausgrenzung und Diskriminierung zum Ausdruck brachten.

Zurzeit ist es schwer abzuschätzen, ob die jüngsten Proteste Vorboten einer neuen linken Welle in Lateinamerika sind. In Ecuador und Kolumbien handelt es sich (bisher) um Abwehrkämpfe. Lediglich in Chile lässt sich von

einer Offensive der sozialen Bewegungen sprechen. Insofern schlagen wir folgende vorläufige Differenzierung vor: In Chile erscheint der Begriff einer Insurrektion bzw. eines Aufstandes gerechtfertigt. Die Proteste stellten nicht nur den bestehenden Gesellschaftsvertrag (in Form der Verfassung), sondern zum Teil auch die instituierte Gesellschaftsordnung infrage und entwerfen mitunter einen revolutionären Horizont, der über das Bestehende hinausweist. In Kolumbien scheint der Begriff Protest geeigneter. Ebenso wie in Ecuador haben die Anliegen der Protestierenden im Moment einen vorrangig defensiven Charakter und wehren sich gegen die Ausweitung der kapitalistischen Verwertungslogik und die gewaltförmige Regulierung durch den Staat. Allerdings greift der Begriff Protest im Fall Ecuadors zu kurz. Die Protestierenden sprachen hier der politischen Klasse die Legitimität als Repräsentation des Volkes ab. Ihre Delegitimierung hat unterschiedliche Wurzeln (Politik Morenos, Ablehnung Correas etc.), führte aber dazu, dass die Proteste über eine bloße Kritik an der Regierung und deren Verbündeten hinausgingen. Deshalb würden wir aufgrund ihres Inhalts und ihrer Form von einem temporären Volksaufstand sprechen. Gleichwohl dominiert auch hier eine reformerische Agenda, wobei die Teilerfolge und die kollektiven Erfahrungen gegebenenfalls der Ausgangspunkt für Neuformierungsprozesse emanzipatorischer Bewegungen und Allianzen sein könnten.

Erschwerend kommt nun noch die COVID-19-Pandemie hinzu, die den rechten Regierungen nach den Mobilisierungen nicht nur Zeit verschafft, sondern auch ein begründetes Argument für die Einschränkung von Protesten, Versammlungen oder gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen liefert. In Bolivien und Chile wurden die Wahlen bzw. das Verfassungsreferendum verschoben. In Kolumbien musste ein für Ende März 2020 geplanter Nationalstreik wegen der Quarantänemaßnahmen abgesagt werden. Im bereits früh stark betroffenen Ecuador lieferte die Pandemie Moreno endgültig ein Argument für ein Abkommen mit dem IWF. In welche Richtung sich die Region in den nächsten Monaten bewegt, scheint in ganz Lateinamerika aktuell offen.

Literatur

- Abitbol, Pablo (2019): ¿Por qué protestan en Colombia? URL: <https://nuso.org/>, Zugriff: 3.3.2020.
- Amnesty International (2019): Chile: Política deliberada para dañar a manifestantes apunta a responsabilidad de mando. URL: <https://www.amnesty.org>, Zugriff: 29.2.2020.
- Báez, Jonathan (2020): El retroceso en los indicadores laborales del Plan Nacional de Desarrollo 2017-2021, *Unidad de análisis y estudios de coyuntura*, URL: <https://coyunturaaisp.wordpress.com>, Zugriff: 19.2.2020.
- Bellei, Cristián / Cabalin, Cristian / Orellana, Víctor (2014): The 2011 Chilean Student Movement against Neoliberal Educational Policies. In: *Studies in Higher Education* 39(3): 426-440. DOI: <https://doi.org/10.1080/03075079.2014.896179>.

- Boddenberg, Sophia (2019): Chile: Aufstand im Labor des Neoliberalismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64(12): 37-40.
- Carrero Barón, Diego (2019): Modelo económico y democracia. URL: <https://revistaizquierda.com>, Zugriff: 3.3.2020.
- Cavooris, Robert (2017): Turning the Tide. In: *Socialist Register* 53: 186-206. DOI: <https://doi.org/10.2307/j.ctt1bpmnb2.12>.
- Centro de Estudios Públicos (2020): Estudio Nacional de opinión pública, No. 84. URL: <http://elmostrador.cl>, Zugriff: 29.2.2020.
- CEPR, Center for Economic and Policy Research (2019): What Happened in Bolivia's 2019 Vote Count? The Role of the OAS Electoral Observation Mission.
- Currea-Lugo, Víctor de (2019): De las revueltas árabes a la protesta en Colombia. URL: <https://revistaizquierda.com>, Zugriff: 3.3.2020.
- Defensoría del Pueblo (2019): Séptimo Informe Ejecutivo personas detenidas Paro Nacional – Estado de Excepción Ecuador – Octubre 2019. Defensoría del Pueblo. URL: <https://www.dpe.gob.ec>, Zugriff: 19.2.2020.
- Donoso, Sofia (2013): Dynamics of Change in Chile. In: *Journal of Latin American Studies* 43(1): 1-29. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0022216X12001228>.
- Ebert, Charlie (2019): The »Chilean Spring« Continues. URL: <https://newsocialist.org.uk>, Zugriff: 29.2.2020.
- El Mostrador (2020): Liderazgo internacional histórico: el 6% de aprobación de Piñera rompe récords en Sudamérica. URL: <https://www.elmostrador.cl>, Zugriff: 29.2.2020.
- Estrada, Jairo (2019): Paro, movilización, movimiento, ¿qué sigue...? URL: <https://revistaizquierda.com>, Zugriff: 3.3.2020.
- Gobierno de Chile (2019): Nueva Agenda Social. URL: <https://www.gob.cl>, Zugriff: 29.2.2020.
- Gómez Muller, Alfredo (2019): Llenar las calles, llenar los cabildos, llenar de cabildos. URL: <https://revistaizquierda.com>, Zugriff: 29.2.2020.
- Hidalgo Cordero, Kruskaya / Valencia Castro, Belén / Santillana Ortíz, Alejandra (2020): Tejiendo caminos: Del Paro Nacional al Parlamento Plurinacional y Popular de Mujeres y Organizaciones Feministas del Ecuador. In: *La internacional feminista*. Buenos Aires, i.E.
- Human Rights Watch (2019): Chile: Eventos de 2019. URL: <https://www.hrw.org>, Zugriff: 29.2.2020.
- Hylton, Forrest (2019): Algo está pasando en Colombia. URL: <https://nuso.org>, Zugriff: 3.3.2020.
- / Tauss, Aaron / Juan Felipe Duque Agudelo (2018): Remaking the Common Good: The Crisis of Public Higher Education in Colombia. URL: <https://nacla.org>, Zugriff: 3.3.2020.
- Indepaz (2019): Informe líderes y defensores de DDHH asesinados al 26 de julio de 2019. URL: <http://www.indepaz.org.co>, Zugriff: 07.04.2020.
- Instituto Nacional de Derechos Humanos (INDH, 2020): Hospitales: Reporte 18. Febrero 2020. URL: <https://www.indh.cl>, Zugriff: 29.2.2020.
- Linebaugh, Peter / Rediker, Marcus (2008): *Die vielköpfige Hydra*. Berlin.
- López, Carolina (2019): Reflexiones preliminares sobre el 22N. URL: <https://lasiniestra.com>, Zugriff: 3.3.2020.
- Mantilla, Alejandro (2019a): El paro de noviembre y las políticas del entusiasmo. URL: <https://lasiniestra.com>, Zugriff: 3.3.2020.
- (2019b): 2020: El porvenir del paro. URL: <https://lasiniestra.com>, Zugriff: 3.3.2020.
- Molina, Fernando (2019): Bolivia: «Es la economía, estúpido». In: *Nueva Sociedad* 283: 4-14.
- Monje, Juanita / Niño, Natalia (2019): El paro nacional: una oportunidad para ampliar la democracia. URL: <https://revistaizquierda.com>, Zugriff: 3.3.2020.
- Montalvo, Gabriela (2020): El Ecuador del 2019. La Barra Espaciadora, URL: <https://www.la-barraespaciadora.com>, Zugriff: 19.2.2020.
- OAS-Organización de los estados americanos (2019): Análisis de Integridad Electoral Elecciones Generales en el Estado Plurinacional de Bolivia 20 de octubre de 2019, Hallazgos preliminares.

- Ospina Peralta, Pablo (2019): Ecuador contra Lenín Moreno. In: Nueva Sociedad. URL: <https://nuso.org>, Zugriff: 31.10.2020.
- Parlasur (2019): Comunicado sobre la Visita de la Delegación de la Comisión de Derechos Humanos al Estado Plurinacional de Bolivia. URL: <https://www.parlamentomercosur.org>, Zugriff 4.3.2020.
- Programa de las Naciones Unidas Para el Desarrollo (PNUD, 2017): Desiguales: orígenes, cambios y desafíos de la brecha social en Chile, URL: <https://www.cl.undp.org>, Zugriff: 7.4.2020.
- Ramírez Gallegos, Franklin (2019): Las masas en octubre. In: *Nueva Sociedad* 284, 15-27.
- Salazar Lohman, Huascar (2016): What Neoliberalism Could Not Do, the MAS Can: In: *South Atlantic Quarterly* 115(3): 632-639. DOI: <https://doi.org/10.1215/00382876-3608697>.
- Santillana Ortíz, Alejandra (2020): Del paro de octubre a la disputa por la memoria y los horizontes políticos en Ecuador. In: *Revista Memoria*, i. E.
- / Boos, Tobias (2019): Graffiti and Glitter Bombs. In: *Viewpoint Magazine*. URL: <https://www.viewpointmag.com>, Zugriff: 31.10.2019.
- Somma, Nicolás (2012): The Chilean Student Movement of 2011-2012. In: *Interface: A Journal for and about Social Movements* 4(2): 296-309.
- Stefanoni, Pablo (2019): ¿Qué pasa en Bolivia? In: Nueva Sociedad, URL: <http://www.nuso.org>, Zugriff: 31.10.2019.
- / Molina, Fernando (2019): ¿Cómo derrocaron a Evo? *Revista Anfibia*, URL: <http://revistaanfibia.com>, Zugriff: 24.2.2020.
- Tauss, Aaron / Pardo, Daniel / Daid Graaff (2019): El bloque de poder contrainsurgente y su papel en el resurgimiento de la derecha en América Latina. In: *Colombia Internacional* 99: 63-90. DOI: <https://doi.org/10.7440/colombiaint99.2019.03>.
- Tinsman, Heidi (2019): La democracia chilena. URL: <https://nacla.org>, Zugriff: 29.2.2020.
- Unda, Mario (2020): Ecuador – Enseñanzas y desafíos. El 2019 (y el 2020) a la luz de octubre. Correspondencia de Prensa, URL: <https://correspondenciadeprensa.com>, Zugriff 8.2.2020.
- Vega, Cristina (2019): Desde Quito, crónica del Estado feroz. *eldiario.es*, URL: <https://www.eldiario.es>, Zugriff: 19.2.2020.
- Vereinte Nationen (2019): Informe ONU sobre la crisis en Chile describe múltiples violaciones de derechos humanos y hace un. URL: <https://acnudh.org>, Zugriff: 29.2.2020.
- Villanueva, Amaru (2018): Las clases medias y la democracia. In: *andamios* 3(7): 107-120.
- Webber, Jeffery R. (2011): *From Rebellion to Reform in Bolivia*. Chicago.
- (2015): Managing Bolivian Capitalism. In: *Jacobin* URL: <https://www.jacobinmag.com>, Zugriff: 25.1.2016.
- World Bank (2020): Colombia Data. URL: <https://data.worldbank.org/country/colombia>, Zugriff: 3.3.2020.
- World Bank (2017): World Inequality Report. URL: <http://wir2018.wid.world/>, Zugriff: 3.3.2020.